

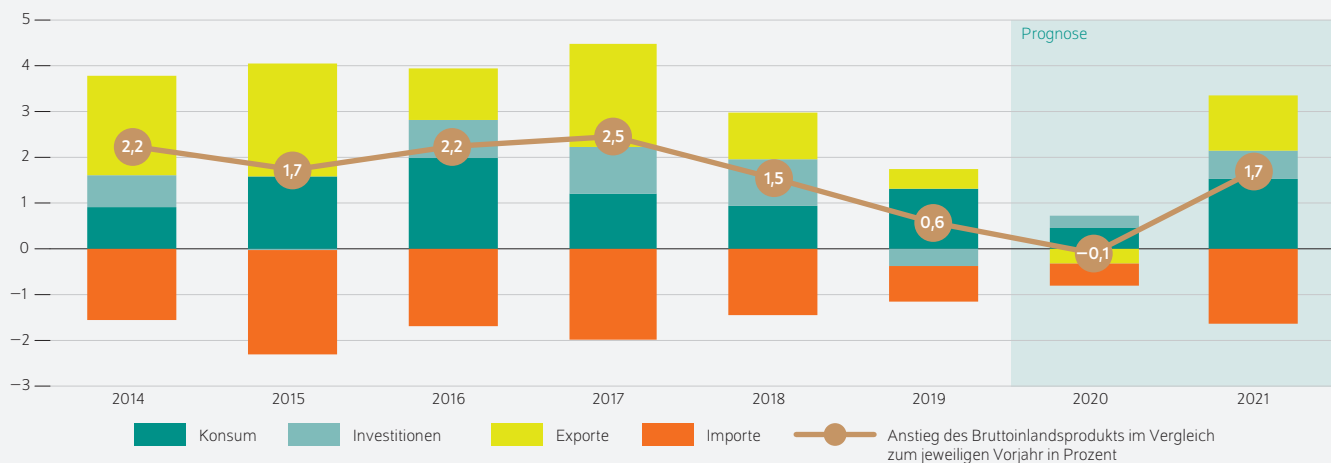
Deutsche Wirtschaft in der Rezession: Engpässe überbrücken, Vertrauen stärken, Nachfrage anschieben

Von Claus Michelsen et al.

- Ausbreitung des Corona-Virus trifft Weltwirtschaft im Frühjahr 2020 hart, exakte Folgen derzeit aber nur schwer zu beziffern
- Szenario, das Verlauf früherer Epidemien mit baldiger Normalisierung („V-Verlauf“) unterstellt, ergibt für das Gesamtjahr eine leicht schrumpfende Wirtschaftsleistung in Deutschland
- Szenario, das einem „L-Verlauf“ entspricht, also eine ausbleibende Normalisierung, würde noch weitaus tiefere Rezession bedeuten
- Umfangreiches Maßnahmenpaket auf nationaler und europäischer Ebene notwendig, erste Schritte zeigen in richtige Richtung und sind beherzt
- Vor allem kleinen Unternehmen muss schnell und unbürokratisch geholfen werden; Nachfrageimpuls für Konsum und Investitionen sollte vorbereitet werden

Deutsche Wirtschaft schrumpft in diesem Jahr – Konsum und Exporte 2021 wieder Wachstumstreiber

Wachstumsbeiträge der einzelnen Komponenten des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten



ZITAT

„Prognosen sind derzeit eine große Herausforderung. Wir haben nur wenige offizielle Daten, in denen sich bereits Corona-Auswirkungen wiederfinden. Unsere Modelle lernen aus der Vergangenheit und können die jetzigen Entwicklungen vielleicht nicht adäquat abbilden, weil es diese so noch nicht gab. Zudem ist unklar, wie die Politik weiter reagieren wird.“

— Claus Michelsen, DIW-Konjunkturchef —

Deutsche Wirtschaft in der Rezession: Engpässe überbrücken, Vertrauen stärken, Nachfrage anschieben

Von Claus Michelsen, Marius Clemens, Guido Baldi, Geraldine Dany-Knedlik, Hella Engerer, Marcel Fratzscher, Stefan Gebauer, Max Hanisch, Simon Junker, Konstantin Kholodilin, Malte Rieth und Thore Schlaak

Das Corona-Virus trifft die deutsche Wirtschaft im Frühjahr 2020 hart. Die Wirtschaftsleistung wird in diesem Jahr aller Voraussicht nach schrumpfen. Im Frühjahr und Sommer dürfte Deutschland eine Rezession erfahren. Diese wird durch unterschiedliche Faktoren ausgelöst. Einerseits wirkt sich die Verbreitung des Corona-Virus negativ auf die Produktionsleistung aus: Zuerst kam es in China zu starken Einschränkungen in der Mobilität und bei der Herstellung wichtiger Vorleistungsgüter. Mittlerweile gelten in zahlreichen anderen Ländern weitreichende Quarantäne- und Vorsichtsmaßnahmen, die die Herstellungsprozesse und das alltägliche Leben teils drastisch beeinträchtigen – damit sind Produktions- und Lieferketten unterbrochen, aber auch Konsumgelegenheiten erheblich eingeschränkt. Andererseits schlagen sich die getroffenen Maßnahmen, die Berichterstattung über die Entwicklungen und die Reaktionen an den internationalen Finanzplätzen in Verunsicherung der privaten Haushalte und Unternehmen nieder. Diese üben sich in Zurückhaltung, Käufe von Konsumgütern werden genauso hintangestellt wie Investitionen in Maschinen und Anlagen. Insgesamt erfährt die Weltwirtschaft angebots- und nachfrageseitige Schocks, die kurzfristig in einem substantiellen Rückgang der wirtschaftlichen Dynamik münden.

Das DIW Berlin senkt seine Prognose für Deutschland gegenüber der Einschätzung vom Winter, als sich eine allmähliche Erholung der deutschen Wirtschaft andeutete, um 1,3 Prozentpunkte. Im laufenden Jahr dürfte die Wirtschaftsleistung um ein Zehntel Prozent schrumpfen. Die weltwirtschaftliche Dynamik wird aufgrund der Auswirkungen der Corona-Pandemie ebenfalls um knapp einen Prozentpunkt schwächer ausfallen.

Grundlage der Prognose ist ein Szenario, das den Verlauf einer Epidemie unterstellt, der vorherigen Ereignissen wie

der Schweinegrippe, SARS oder der Vogelgrippe ähnelt: Nach einem deutlichen Anstieg der Infektionszahlen in den kommenden Wochen kommt es zu einer Eindämmung des Virus auch durch Quarantänemaßnahmen. Die negativen wirtschaftlichen Konsequenzen werden überwiegend in der ersten Jahreshälfte zu Buche schlagen – in der zweiten Jahreshälfte ist damit eine Erholung angelegt (V-Szenario).

Die Unsicherheit über das beschriebene Szenario ist allerdings außerordentlich groß. So kann das Virus zeitlich und räumlich deutlich größere Kreise ziehen und weitere Regionen und Länder dazu zwingen, tiefgreifende Einschnitte in das tägliche Leben zu beschließen, wie sie beispielsweise Italien, Frankreich, Österreich, Deutschland oder Spanien zuletzt umgesetzt haben. Dies kann die Abwärtsdynamik noch deutlich beschleunigen und eine Erholung hinauszögern. Auch zeigen die Reaktionen an den Finanzmärkten eine große Nervosität an – wichtige Leitindizes gaben in den vergangenen Tagen in historischen Größenordnungen nach. Der Vertrauensverlust sowohl bei KonsumentInnen als auch bei UnternehmerInnen kann sich über die realen Einflüsse hinaus selbst verstärken. Allein das Narrativ einer schweren Krise reduziert die Konsum- und Investitionsbereitschaft drastisch. Hinzu kommt das Risiko, dass die Finanz- und Schuldenkrise im Euroraum wiederaufflammt. Steigen aufgrund der Verwerfungen – wie jüngst für Italien – die Risikoprämien einzelner Länder deutlich, stellt sich erneut die Frage nach der Schuldentragfähigkeit. Ebenfalls nicht ausgeschlossen ist, dass die Geschäftsbanken angesichts möglicher Firmenpleiten im Euroraum unter Druck geraten. Je länger die Krise dauert und je einschneidender die Auswirkungen werden, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit einer tiefen und anhaltenden Rezession. Statt einer schnellen V-förmigen Erholung bestünde dann die Gefahr, dass die Wirtschaft die verlorene Produktionsleistung nicht aufholen

wird, sondern auf einen L-förmigen, also niedrigeren und langsameren Wachstumspfad einschwenkt.

Die Folgen der Corona-Pandemie treffen die Regionen in der Welt unterschiedlich stark. Viele Länder haben Maßnahmen ergriffen, um die Verbreitung des Virus aufzuhalten und die ökonomischen Konsequenzen zu begrenzen. So wurden in China, Südkorea und Japan umfangreiche Schritte zur konjunkturellen Stabilisierung beschlossen – auch Italien hat ein erstes Maßnahmenpaket in der Größenordnung von rund zehn Milliarden Euro verabschiedet. Spanien hat einen Schutzschirm von 200 Milliarden Euro aufgespannt. In den USA hat die Federal Reserve Bank den Leitzins in zwei kurz aufeinander folgenden Schritten um insgesamt 1,5 Prozentpunkte gesenkt, auch die Finanzpolitik hat mit der Ankündigung eines 1200-Milliarden-Dollar-Pakets reagiert. Die Europäische Zentralbank ließ den Leitzins für den Euroraum zwar unverändert, hat allerdings angekündigt, bis zum Jahresende die Anleihekäufe um 120 Milliarden Euro auszuweiten und die Liquiditäts- und Finanzierungsbedingungen für Banken mit dem Ziel zu erleichtern, vor allem die Kreditvergabe an kleine und mittlere Unternehmen zu verbessern. Unter dem Strich stützend dürfte sich der heftige Verfall des Ölpreises in Folge des Konflikts zwischen Russland und den übrigen OPEC-Ländern auswirken.

Volkswirtschaften mit einem hohen Offenheitsgrad wie Deutschland dürften überproportionale Einbußen erfahren. Der bislang recht starke private Verbrauch und die Investitionstätigkeit werden wohl gleichermaßen erheblich zurückgefahren werden. Auch die Exporte dürften deutliche Rückschläge erfahren. Vor allem werden die Unternehmen angesichts der Unsicherheit und der schwachen Unternehmensgewinne im laufenden Jahr deutlich weniger neue Maschinen, Geräte und Fahrzeuge anschaffen. Einzig die Bauwirtschaft dürfte nach wie vor recht gute Geschäfte im Wohnungsbau machen und von den deutlich ausgeweiteten öffentlichen Investitionsetats profitieren. Der Konsum wird seine stützende Wirkung für die Konjunktur zumindest teilweise einbüßen. Haushalte werden ihre Ausgaben weg von langlebigen Konsumgütern hin zu Konsumgütern des täglichen Verbrauchs umlenken. Auch in Folge eines nunmehr schwächeren Beschäftigungsaufbaus und einer erheblichen Ausweitung der Kurzarbeit werden sich die Einkommen der privaten Haushalte in dem hier unterstellten

Szenario schwächer entwickeln und die Sparquote steigen. Darüber hinaus werden für Menschen in Quarantäne Lohnersatzleistungen im Rahmen des Infektionsschutzgesetzes von den Gesundheitsämtern der jeweiligen Bundesländer ausgezahlt. Dies alles hinterlässt auch deutliche Spuren in den öffentlichen Haushalten: Die in den vergangenen Jahren gebildeten Rücklagen in der Arbeitslosenversicherung und in anderen Bereichen der öffentlichen Haushalte dürften sichtbar abschmelzen.

All das sollte jedoch kein Anlass für zusätzliche Sparanstrengungen sein, um weiterhin einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Im Gegenteil: Es ist nun geboten, gezielt Maßnahmen zu ergreifen oder diese zumindest für den Fall einer Verschärfung der Krise glaubhaft anzukündigen, um der gesundheitspolitischen Krise nicht eine noch größere ökonomische Krise folgen zu lassen. Wichtig ist, Unternehmen, deren Existenz durch fehlende Nachfrage oder durch Produktionsstörungen unverschuldet in Gefahr gerät, Unterstützung zu geben. Zudem sollte auch in Betracht gezogen werden, durch staatliche Ausgaben die schwache Nachfrage anzuregen. Diese Hilfen sollten zu allererst Insolvenzen vermeiden, Arbeitnehmerfreistellungen verhindern und möglichen Nachfrageausfällen und Vertrauensverlusten begegnen. Idealerweise würde ein solches Paket unter den Mitgliedstaaten im Euroraum koordiniert auf den Weg gebracht werden. Die Geldpolitik hat bereits reagiert und ist teils mit mutigen Schritten vorangegangen. Zuletzt hat die Bundesregierung nachgezogen und unbegrenzte Liquidität für durch die Corona-Krise in Schieflage geratene Unternehmen angekündigt. Die Wirtschaftspolitik ist auf drei Feldern gefordert:

Erstens ist es richtig, zuvorderst angebotsseitige Friktionen zu adressieren. Kommen Unternehmen aufgrund unterbrochener Lieferketten, eines geringeren Frachtaufkommens, durch Quarantänemaßnahmen oder andere Schwierigkeiten im Produktionsprozess in eine Lage, in der ihre Zahlungsfähigkeit kurzfristig nicht mehr gegeben ist, scheint es sinnvoll, mit Bürgschaften und Ausfallkrediten notwendige Liquidität bereitzustellen, um den betrieblichen Fortbestand zu sichern. Um mit den Forderungen des Staates nicht noch zusätzliche Löcher in die Unternehmenskassen zu schlagen, sind die angekündigten Stundungen von Steuervorauszahlungen ebenfalls zu begrüßen. Denkbar scheint auch eine

Erhöhung des maximalen Verlustrücktrags: Diese würde auch kleinen Unternehmen und Selbständigen die Möglichkeit einräumen, bereits jetzt absehbare Verluste geltend zu machen und zusätzliche Liquidität zu erhalten. Die bereitgestellte Liquidität kann das betriebliche Überleben zunächst absichern. Allerdings stellt sich insbesondere für viele kleine Unternehmen die Frage, wie solche Kredite zurückgezahlt werden können, wenn die ausgebliebenen Umsätze nicht nachgeholt werden – für Solo-Selbständige erst recht. Auch ArbeitnehmerInnen könnten durch die getroffenen Quarantänemaßnahmen in Zahlungsschwierigkeiten geraten, wenn beispielsweise unbezahlter Urlaub genommen werden muss. Eine unbürokratische Hilfe könnte eine Gutschrift über das Finanzamt sein.

In vorangegangenen Krisen hat es sich zudem bewährt, das Kurzarbeitergeld zu verlängern und den Kreis der anspruchsberechtigten Unternehmen auszuweiten. Dies dürfte helfen, Entlassungen zu verhindern und die Kaufkraft der privaten Haushalte zu stützen. Gerade kleinere Gastronomie-, Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe werden durch die fehlende Nachfrage teils erheblich getroffen. Ihre Rücklagen dürften schnell aufgebraucht sein. Auch diesen an sich gesunden Betrieben sollten entsprechende Liquiditätshilfen zur Verfügung gestellt werden – in Betracht zu ziehen wären auch Zuschüsse für kleine Unternehmen aus Wirtschaftszweigen, in der die Nachfrage nicht nachgeholt wird. Bei all dem stellt sich die Frage, ob unbürokratisch und breit, dafür aber ungenau an Alle Hilfen ausgereicht werden sollen, oder ob die Bedürftigkeit geprüft wird. Letztlich spricht in der derzeitigen Lage zunächst viel für eine breite Unterstützung, denn wie das Virus selbst könnten vermehrte Firmenpleiten in einer international stark arbeitsteilig organisierten Wirtschaft ebenfalls disruptive Auswirkungen auf die Produktion haben.

Zweitens sollte eine tiefgreifende Vertrauenskrise der Unternehmen verhindert werden. Die daraus folgende Investitionszurückhaltung kann ebenfalls zunächst mit einer glaubhaften Ankündigung finanzpolitischer Interventionen und im Falle einer sich selbst verstärkenden wirtschaftlichen Krise mit der Umsetzung konkreter Maßnahmen begegnet werden. Zu den möglichen Optionen zählen einerseits veränderte Abschreibungsregeln für Investitionsgüter. So könnten für einen begrenzten Zeitraum Vollabschreibungen im

ersten Jahr der Anschaffung neuer Ausrüstungen gewährt werden. Dies wäre ein starker Anreiz für Unternehmen, bereits geplante Investitionsprojekte frühzeitig umzusetzen und damit die Nachfrage anzuschieben. Andererseits könnte auch ein langfristig angelegtes öffentliches Investitionsprogramm eine ähnliche Wirkung entfalten, sofern ein glaubhaftes Signal an Unternehmen gesendet würde, dass sich die Standortbedingungen in Deutschland nachhaltig verbessern. Dies ist ohnehin angezeigt, denn in dieser Krise zeigt sich auch, wie schnell die öffentliche Infrastruktur an ihre Kapazitätsgrenze kommen kann. Der erhebliche Modernisierungsbedarf in der öffentlichen Infrastruktur, beispielsweise im Bereich Digitalisierung, sowie fehlende personelle Kapazitäten im Gesundheitssektor, den Kitas und Schulen dürften das Krisenmanagement der Politik und der öffentlichen Verwaltung deutlich erschwert haben. All dies gilt unter der Prämisse, dass angebotsseitige Restriktionen zu diesem Zeitpunkt keine wesentliche Einschränkung mehr darstellen.

Drittens könnte auch die Nachfrage der privaten Haushalte gestärkt werden, wenn die unmittelbaren Quarantänemaßnahmen zu einem Ende kommen. Verschiedentlich wird ein Vorziehen der Abschaffung des Solidaritätszuschlags in Erwägung gezogen. Hier wäre allerdings zu befürchten, dass verunsicherte Haushalte die zusätzlichen Spielräume vor allem für die Ersparnisbildung nutzen. Um den Konsum direkt anzuregen, wäre eine zeitweise Absenkung der Mehrwertsteuer ein mögliches Mittel: Ein Prozentpunkt weniger würde rund 13 Milliarden Euro an zusätzlichen Spielräumen bei den privaten Haushalten schaffen und zudem vor allem Haushalte mit geringen Einkommen und einer höheren Konsumneigung begünstigen. Die zeitliche Begrenzung würde einen starken Anreiz setzen, insbesondere Käufe von langlebigen Konsumgütern vorzuziehen. Derartige Vergünstigungen dürfen allerdings nicht dazu führen, dass beschlossene Maßnahmen zum Gesundheitsschutz konterkariert werden. Dies gilt vor allem dann, wenn die Bevölkerung dazu angehalten wird, das öffentliche Leben wenn möglich zu meiden.

Die bereits jetzt beschlossenen geld- und finanzpolitischen Maßnahmen zeigen alle in die richtige Richtung und sind beherzt. Insbesondere das unbegrenzte Liquiditätsversprechen ist ein starkes Signal an die Unternehmen. Diesen ist mit Liquidität aber nicht geholfen, wenn die Nachfrage nachhaltig gestört ist. Die Politik kann gefordert sein, nicht

nur kurzfristige Engpässe zu überbrücken, sondern das Vertrauen der Wirtschaftsakteure zu stärken und wenn notwendig die Binnennachfrage anzuschieben. Die Geldpolitik hat kaum noch Spielräume – umso mehr kommt es auf die

Finanzpolitik an. Ohne ein weiterhin klares und koordiniertes Eingreifen droht aus der gesundheitspolitischen Corona-Krise eine noch weitreichendere wirtschaftliche Krise zu erwachsen.

Claus Michelsen ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | cmichelsen@diw.de

Guido Baldi ist Gastwissenschaftler in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | gbaldi@diw.de

Marius Clemens ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | mclemens@diw.de

Geraldine Dany-Knedlik ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | gdanyknedlik@diw.de

Hella Engerer ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | hengerer@diw.de

Marcel Fratzscher ist Präsident des DIW Berlin | mfratzscher@diw.de

Stefan Gebauer ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | sgebauer@diw.de

Max Hanisch ist Gastwissenschaftler in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | mhanisch@diw.de

Simon Junker ist stellvertretender Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | sjunker@diw.de

Konstantin Kholodilin ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | kkholodilin@diw.de

Malte Rieth ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | mrieth@diw.de

Thore Schlaak ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | tschlaak@diw.de

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 12/2020:

www.diw.de/diw_weekly



IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

87. Jahrgang 19. März 2020

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake; Prof. Dr. Tomaso Duso; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.;
Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos;
Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff;
Dr. Claus Michelsen; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Jürgen Schupp;
Prof. Dr. C. Katharina Spieß; Dr. Katharina Wrohlich

Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann; Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Karl Brenke; Prof. Dr. Lukas Menkhoff

Redaktion

Dr. Franziska Bremus; Rebecca Buhner; Claudia Cohnen-Beck;
Dr. Anna Hammerschmid; Petra Jasper; Sebastian Kollmann; Bastian Tittor;
Sandra Tubik; Dr. Alexander Zerrahn

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

leserservice@diw.de

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung

Roman Wilhelm, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den
Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter
unter www.diw.de/newsletter